

Anne Thom, Hochkirchstraße 6, 10829 Berlin

Teilnehmerin am „Politischen Gesprächskreises im Rathaus Schöneberg“
der Berliner Volkshochschule Tempelhof-Schöneberg

Berlin, den 25. Juni 2012

Fraktion der Piraten
Rathaus Schöneberg, Raum 3032a
John-F.-Kennedy-Platz
10820 Berlin

Betr.: Abstimmung über den Europäischer Fiskalpakt („Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion - SKS-Vertrag“)

Sehr geehrte Damen und Herren Bezirksverordnete,

am Dienstag, den 5. Juni 2012, haben wir im Politischen Gesprächskreis der Berliner Volkshochschule Tempelhof-Schöneberg im Rathaus Schöneberg die bevorstehende Abstimmung des Bundestags über die Erweiterung des Euro-Rettungsschirms vorvollzogen.

Ich sende Ihnen das Ergebnis zur Kenntnisnahme.

Falls Sie Rückfragen haben oder Stellung nehmen wollen, bitte ich Sie, sich direkt an mich zu wenden.

Der Abstimmung ging eine Debatte über mehrere Treffen voraus, die neben dem Wahlergebnis vor allem auch die unten stehenden Ergänzungsvorschläge zum Ergebnis hatten.

Das Ergebnis der geheimen Abstimmung lautete:

Wahlberechtigte:	9 TeilnehmerInnen (TN)
Abgegebene Stimmen:	9 TeilnehmerInnen
Gültige Stimmen:	9 TeilnehmerInnen
Ungültige Stimmen:	0 TeilnehmerInnen

Für den Europäischen Fiskalpakt stimmten	6 TN
Gegen den Europäischen Fiskalpakt stimmten	2 TN
Enthaltungen:	1 TN

Der Politische Gesprächskreis stimmte somit dem Fiskalpakt mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit zu.

Weitergehende Vorschläge

Der Fiskalpakt bezeichnet einen „Pakt, die Staatskasse betreffend“. Die Staatskasse umfasst Steuereinnahmen und Steuerausgaben. Wir fragen an, warum sich der Europäische Fiskalpakt nur auf die Ausgabenseite bezieht?

Wir halten es für erforderlich, auch die Steuereinnahmen auf europäischer Ebene zu vereinheitlichen und zu koordinieren und schlagen folgende ergänzende Maßnahmen vor:

- Einführung einer europaweiten Finanztransaktionssteuer;
- Einführung einer europäischen Vermögenssteuer;
- Erhöhung der deutschen Erbschaftssteuer (v.a. durch Absenkung der Steuerfreibeträge);
- Reform der Einkommenssteuer unter Einschluss einer Deckelung der Kategorie der „sehr hohen“ (Manager-)Gehälter und der Schließung von Steuerschlupflöchern;
- Verzicht auf Prestigeprojekte der öffentlichen Hand, um die staatliche Opferbereitschaft beispielgebend anzuzeigen;
- Abgabe von einem Viertel des Privatvermögens zwecks projektbezogener Förderung und Anschubfinanzierung von Zukunftsvorhaben (z.B. Energiewende) – Anm.: Wir waren uns nicht einig, ob diese Abgabe freiwillig oder gesetzlich geregelt werden soll – jedenfalls sollten die Geberinnen und Geber eine gewisse Verzinsung des abgetretenen Vermögens erhalten;
- Ein europäisches Sozialjahr für alle Altersklassen – ergänzend hierzu Einführung eines Europäischen Freiwilligendienstes nach dem Muster des deutschen Bundesfreiwilligendienstes.

Weiter besteht Einigkeit darüber, dass Europa nicht um seine Währung herum zusammenwachsen kann, sondern dass es einer europäischen Idee bedarf, unter der sich Europa politisch vereinigt.

Vorstellbar wäre die Idee der Menschenrechte, gekoppelt mit der Idee der „One World“ – also der Idee der „Tragfähigkeit der Erde“ als Richtschnur politischen Handelns.

In diesem Zusammenhang sollte sich die Bundesregierung auch für einen „Europäischen Rundfunk- und Fernsehpakt“ einsetzen. Das Thema „Europa“ darf nicht auf Spezialsender wie „arte“ abgeschoben werden, sondern muss im Zentrum aller öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten Europas stehen.

Dies zu Ihrer Information. Wir sind auf Ihre Antwort gespannt.

Mit freundlichen Grüßen

A. Thom

(Anne Thom – Teilnehmerin am Politischen Gesprächskreises der Berliner Volkshochschule Tempelhof-Schöneberg im Rathaus Schöneberg)